

genwärtigen Tage zu überwinden. Der blutige Kampf der Arbeiter und Soldaten untereinander wäre nur geeignet, kapitalistische Revolutionsbestrebungen heranzutragen und kann darüber nicht helfen. Es kommt aber darauf an, die Kriegsbeschädigten der Revolution zu sichern und aufzuhören.

Neue Drohung Clemenceau.

Der Pariser Senat meldet: Die Gefahr einer Fortsetzung des Krieges ist in den letzten Tagen erstmals gestiegen. Wir denken nicht daran, die Verhandlungen mit dem deutschen Oberkommando abzubrechen, aber wir sind entschlossen, den geringsten Versuch Deutschlands, sich mit den russischen Bolschewisten zu verbinden, mit der Wiederaufnahme des Kampfes zu beantworten.

Meine politischen Meldungen.

Die Entente und die Polen. Aus Paris ist in Warschau die Nachricht eingetroffen, daß die Entente den obersten polnischen Volksrat in Polen zur Einstellung der Offensive gegen Deutschland aufgefordert habe mit der gleichzeitigen Sicherung, daß die polnischen Truppen in der nächsten Zeit Ausrüstung, Munition und Waffen erhalten werden. Die Armee Polens werde schon in diesem Monat nach Warschau eintreffen, wo sie als Hilfsstruppe der Entente zum Dienst im Lande bestimmt sei.

Bolschewistische Agitatoren in Wien. Der Wiener Polizeipräsident Göder tellt mit, daß in Wien sich 22 bolschewistische Agenten befinden, die im Auftrag ihrer Regierung den Boden für bolschewistische Umsturzversuche legen. Der Stadtrat beschloß die Ausweisung binnen acht Tagen.

Die Verbannung der deutschen Kaiserfamilie. Den Londoner National News wird von ihrem Korrespondenten in Berlin berichtet, daß der französische Generalstab auf der Reichskonferenz eine dauernde Verbannung des Kaisers, des Kronprinzen und aller anderen männlichen Mitglieder der deutschen Kaiserfamilie verlangen werde.

Der rumänische Stadtrat veröffentlicht ein Dekret, durch welches die siebenbürgischen Gebiete Rumäniens endgültig einverlebt werden.

Das jüdische Hauptquartier meldet: Das Oberkommando der alliierten Streitkräfte ist nach Konstantinopel verlegt worden.

Reaktion der Führung. Das ungarische Ministerium gegenüber bei der Regierung erklärte, daß in Ungarn das Interesse des Kommandanten der österreichischen Belagerungsstruppen vorgestern 140 Personen in der vorliegenden Kaserne erschossen wurden seien.

Kollaud kandidiert. Wie Petit Journal meldet, will Kollaud bei den nächsten Parlamentswahlen wieder kandidieren.

Der Prozeß gegen Jaures' Mörder. Der "Petit Parisien" teilt mit, daß der Prozeß gegen den Mörder des Sozialisten Jaures' nunmehr in der nächsten Zeit vor einem Geschworenengericht zur Verhandlung kommen wird. (?)

Der schwedische Reichstag wurde gestern eröffnet. In der Thronrede berührte der König die Vorbereitungen Schwedens unter Mitarbeit der norwegischen und dänischen Regierung an der Schaffung des Völkerbundes teilzunehmen. "Der Polandsfrage ist jetzt ein Vereinbarungen zwischen Finnland, Schweden und Deutschland wegen Schließung der Festungen erzielt worden. Die Thronrede lädt die Regierungsvorlagen über die Veränderung der Grundlagen des Volksvertretung und des politischen Wahlrechts, das auch auf die Frauen ausgedehnt werden soll, an.

Ein Staatsstreich in Luxemburg. Die Agence Havas meldet unter dem S. d. R.: In Luxemburg ist ein Staatsstreich erfolgt. Der Führer der liberalen Partei Brasseur brachte bei Beginn der Sommerfahrt eine Tagesordnung ein, in welcher die Absehung der Dynastie beantragt wurde. Der Führer der sozialistischen Partei Marx stellte sich dem Antrag an. Die Rechte protestierten, während die sozialdemokratischen Abgeordneten, die allgemein mit den Rechten stimmen, sich passiv verhielten. Der Präsident hob unter Hinweis auf die kommenden Kundgebungen des Publikums die Sitzung auf. Die Linke schritt hierauf zur Abstimmung und erzielte mit 30 Stimmen die Dynastie für abgesetzt. Für die Erziehung einer Republik stimmten dagegen 14 Abgeordnete. Darauf wurde ein Wohlfahrtausschuß bestehend aus vier Sozialisten und vier Liberalen gewählt. Acht Kompanien französische Soldaten sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung herangezogen. Die Großherzogin hält sich in Luxemburg auf.

Amerika und Kalifornien. Die "Times" erzählt aus Washington: Große Interesse erregt die beim Senat eingebrochenen Urteile, in welchen der Präsident ermächtigt wird, mit Mexiko über den Anlauf von Neu-Kalifornien zu verhandeln. Die Presse erklärt einstimmig, daß nichts ohne die volle Zustimmung Mexikos unternommen werden dürfe.

Von Stadt und Land.

Aue, 13 Januar

Versammlung der Kriegsbeschädigten.

Ihre Lage und ihre Forderungen.

Die Ortsgruppe Aue des Reichsrates der Kriegsbeschädigten hielt gestern nachmittag in der "Gedächtniskirche" eine Versammlung ab, die zahlreich besucht war. Der Vorsitz führte Herr Friedrich (in firma Gebr. Simon). Nach einer Begrüßung der Anwesenden teilte er mit, daß der Referent Bauschreiter Rühle Dresden nicht identisch ist mit dem vielfach genannten unabhängigen Sozialisten Rühle. Herr Rühle ergriff sodann das Wort zu seinem Vortrage:

Die Kriegsbeschädigten im neuen Volksstaate.

In der Einleitung gab Redner ein ergreifendes Bild von den Helden, die der Krieg über Millionen Deutscher gebracht hat, um dann sich dem Kriegsbeschädigten zuzuwenden, der als ein lebendiger Beweis vor der Unkultur des Krieges lästig eine ständige Erziehung im deutschen Erwerbsleben sein werde. Die Zeit der Dreihörner sei für den Kriegsbeschädigten stets immer vorbei, wenngleich man freilich noch nicht wissen könne, ob es nicht willensschwache Individuen geben werde, die dennoch zur Dreihörner und ähnlichen

Dingen greifen würden. Nur in wenigen Fällen würde es starker Mangel sein, der die Kriegsbeschädigten auf die abschüssige Höhe führt. Man müsse daher mit allen Mitteln dahin wirken, das Lusttreiben der Kriegsbeschädigten zu fördern. Dazu diene in erster Reihe die wirtschaftliche Unterbringung der Kriegsbeschädigten. Der Redner unterzog nun das Mannschaftsversorgungsgesetz einer scharfen Kritik und erklärte, daß es in seiner Weise den berechtigten Ansprüchen der Kriegsbeschädigten entgegenkomme. Zu Anfang des Krieges sei man den Kriegsbeschädigten gegenüber sehr freundlich gewesen, — das habe sich aber geändert. Die Stimmung habe umgeschlagen, und es werde noch die Zeit kommen, wo man die Existenz der Kriegsbeschädigten als sehr unbequem empfinden werde. Deshalb dürfe man nicht tatenlos auf den Dank der maßgebenden Stellen warten, sondern man müsse selbst zugreifen. Der Redner illustrierte dann die schwere Enttäuschung, die viele Kriegsbeschädigte bereits erleben muhten, an einigen krassen Beispielen der Bezahlung von Kriegsbeschädigten im Erwerbsleben, die vom Bundesamt mitgeteilt wurden. Man erwarte nicht Dank, der in das Erwissen anderer gestellt sei, sondern Weit, das nötigenfalls erzwungen werden müsse. Der Kriegsbeschädigte sei ebenfalls vollberechtigter Bürger des Staates wie etwa jener Mann, der Kriegsanschein gezeichnet habe und nun seine Binsen fordere. In erster Reihe müsse man für die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen der Gefallenen durch eine Reform des Militärrentenwesens sorgen. Angesichts der ungeheueren Entwicklung solches sei eine Herauslösung der Grundrente einer Art allen Dingen notwendig. Ferner sei ganz besonders reformbedürftig das Rentenverschaffen, was sich als fast ohne Wirkung der Kriegsbeschädigten vorsieht. Es müssen Sprachlosungen geschaffen werden unter Mitwirkung der Behörden. Weiter verlangt man eine besondere soziale Schutzgesetzgebung für die Behinderten zur Verhinderung ihrer körperlichen Ausbeutung, sodann ein streites Verbot, die Mente irgendwo auf den Punkt anzurechnen oder abzuzeichnen, weiter Schutz der Kriegsbeschädigten vor Arbeitslosigkeit. Mit der Frage der Unterbringung der Kriegsbeschädigten nach dem Krieg im Wirtschaftsleben, sei der Redner nicht befriedigt. Es gebe hier eine Sammelstelle der Lohnarbeiter einzutreten, wenn nicht sehr gesetzliche Grundlagen geschaffen würden. Schon jetzt gehe man mit Aktionen der Bezüge der Kriegsbeschädigten vor, wovon der Referent einige drastische Beispiele gab. Die bisherige Beschäftigung der Kriegsbeschädigten beruhe auf dem Mangel an Arbeitskräften, nicht aber auf patriotischer Dankbarkeit. Vielmehr seien die Kriegsbeschädigten dem Unternehmer nicht rentabel genug. Schon jetzt sei durch die Rückkehr der gesunden Kriegsteilnehmer Arbeitslosigkeit eingetreten und es werde vielfach schwer sein, die Kriegsbeschädigten unterzubringen. Hier müsse nun der Zwang eintreten auf Grund prozentueller Zuweisung der Beschädigten an die Bezüge nach dem Vorbild der Unfallversicherung. Tazu müsse ein partizipativer Arbeitssatzschatz für das Reich geschaffen werden mit Kontrollinstanzen zum Schutz der Kriegsbeschädigten. Auch die Lohnfrage müsse gesetzlich geregelt werden. Grundsatz müsse sein, gleiche Entlohnung der Kriegsbeschädigten mit den Gesunden; Abzug von Lohn von der Miete ist zu verbieten, eventuell mit Gefängnis zu bestrafen. Unsere Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande wäre bedroht, wenn 500 000 Kriegsbeschädigte arbeitslos bleibten würden. Die jetzige Regierung habe zwar den Einstellungszwang für die Kriegsbeschädigten beschlossen, aber in der Praxis zeigten sich Schwierigkeiten, die einschwellen durch ein Projekt, das behoben worden sind. Zumal hierin sei der Einstellungszwang unerlässlich.

Der Redner berührte dann die Wohnungsfrage und erklärte, daß man der Siedelungsfrage zwar sympathisch, aber nicht unkritisch gegenüberstehe. Eine Begründung der Siedelungsfragen mit der Politik so vor allen Dingen mit der Ostmarktpolitik, müsse abgelenkt werden. Zu fordern ist eine Reform des Bodenrechts. Nachdem der Referent dann noch die allgemeinen sozialpolitischen Richtlinien des Reichsbundes bekannt gegeben hatte, schloß er mit eindrucksvollen Worten, die in einer Aufforderung zum Abschluß an den Reichsbund kräftig anstiegen. Mit Entschiedenheit betonte der Redner, daß der Reichsbund sich von jeder Parteipolitik fernhalte; er werde aber jeder Partei dankbar sein, die seine Interessen uneigennützig vertrete. Der Reichsbund zähle jetzt 80 000 Mitglieder in 700 Ortsgruppen und dies zeige, daß er sich auf dem richtigen Wege befindet. Dem Redner wurde lebhafte Beifall laut. Auf das Referat folgte eine lebhafte Aussprache.

1. Zur Frage des Religionsunterrichts nahm am vergangenen Sonnabend der Bezirksverein Aue und Umgebung Stellung. Herr Teufels I hatte den Vortrag übernommen, auf den wir noch zurückkommen werden. Der Vortrag fand allseitig lebhafte Zustimmung. Es wurde beschlossen, in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung zu veranstalten, in der die Ausschreibungen der Lehrerhaft über den Religionsunterricht dargelegt werden sollen. Die Lehrerhaft sieht sich dazu veranlaßt, weil in den Kirchen zu dieser Frage Stellung genommen wird, wobei aber eine freie Aussprache ausgeschlossen ist.

2. Gründung einer kommunistischen Ortsgruppe in Aue. In der Spartenversammlung im Bürgergarten am 4. Januar, in der, wie erinnert, der Kommunist Heseler aus Chemnitz einen Vortrag hielt, war für Sonnabend den 11. Januar eine Versammlung in der Reichshalle zwecks Gründung einer kommunistischen Ortsgruppe in Aue angekündigt worden. Diese Versammlung fand nun am Sonnabend abend programmäßig statt. Als Einberüter zeichnete Herr W. Oester aus Lauter. Der erwartete Massenandrang des "klassenbewußten

Proletariats" blieb allerdings aus. Es hatte 20 ein kleines Häuslein von Männern und Frauen, zumeist der Partei der Mehrheitssozialisten angehörten, eingefunden. Das Einberüter Oester eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in der er zunächst seinen Betrieb über den Kriegskampf in der Sozialdemokratie ausbrach und die Geschichte der Entstehung der "Unabhängigen" skizzierte, um sich dann in Angripen gegen die Mehrheitssozialisten zu ergehen. Diese hätten in den Reihen der meisten ihrer Führer versagt, während Oester selbst davon gehalten sei. Der Krieg in der Sozialdemokratie, so Oester, verursacht durch die Kriegsabschaffungslösungen des Westen, sei unausbleiblich gewesen. Diese unerwünschte Entwicklung der Dinge komme daher, daß die Führer die Massen nicht zum Selbstdenken erzogen haben. Es müsse aber so werden, daß die Massen die Führer schließen. Einmal sei getötet worden durch die Verweigerung der Kriegskredite seitens der Unabhängigen. Nachdem der Redner dann die Zimmermannsche Kompromissgesetzgebung gelobt hatte, berührte er die Liebknecht-Hilfssätze, die bereits 1915 an der Ostfront unter den deutschen Truppen verteilt worden waren. Das Kapitalverbrechen der Mehrheitssozialisten bestand darin, daß sie keine Opposition trieben. Wenn sie sich jetzt deswegen auszureden versuchen, so würden sie damit kein Glück haben. Redner ließ sich dann über den Frieden von Brest-Litowsk aus. Zum Abschluß dieses Friedens seien die Bolschewisten gut genug gewesen, während man sie jetzt mit Schimpf bewerte. Im Anschluß daran verlas Redner das kommunistische Programm und bezeichnete dieses als ideal und jeder Gewaltforderung entbehrend. Wenn man, so fuhr Redner fort, geht auf die Vorgänge in Berlin und verzweigt, dann sei das ein Beweis dafür, daß die Ebert-Scheidemanns nur auf die militärische Macht trügen. (?) Die jetzige Reichsregierung habe noch keine provisorische Macht — gefordert werden müsse aber eine klare Macht. Der Redner schloß mit der Aufforderung an, kommunistisches oder kommunistisch Zeigende in Aue einer Ortsgruppe.

In der Aussprache widersprach zunächst der Sozialist Mehner der Behauptung des Redners, daß die ganze Sozialdemokratie versagt habe. Liebknecht möge ein Idealist sein, aber ein Fanatiker, der, ohne nach rechts oder links zu gehen, geradewegs auf sein Ziel steuert, unbekümmert um die Blutmeere, durch das er waten müsse. Der Redner verwarf schärfstens die Vorgänge in Berlin und meinte, die Regierung habe infolgedessen noch keine Elbogenfreiheit gehabt, um praktische Arbeit zu leisten. Man möge erst die Nationalversammlung abwarten, dann werde es sich zeigen, ob die Regierung Wünsche ist. Es handelt sich ja darum aus der Not herauszukommen und sich nicht in negativen Vorwiegungssprüchen zu zerstreuen. Herr Heseler bezichtigte die Forderungen des kommunistischen Programms als unführbar. Die Vorgänge in Berlin seien nicht notwendig gewesen — wenn man Liebknecht-Sprüche folge, müsse man durch Blut waten. Russische Zustände können wir nicht gebrauchen. Die gemeinsame Not und die bevorstehenden ungeheueren Aufgaben sollten lehren, daß Einigkeit zum Ziele führen könnte. In ähnlichem Sinne sprach zwei andere Redner, Schlemmbach und Schmidt. Der Versammlungsleiter teilte dann mit, daß bei ihm lieben Anmeldungen zur kommunistischen Ortsgruppe bewirkt worden waren, worauf er die Versammlung für geschlossen erklärte. In Dresden mag man mit den Kommunisten kurze Prozeß-Ansprüche der in unserer Sonnabendsgemeinde mitgeteilten alten Zusammenkünfte vor der "Dresden-Volkszug" hat der G. Dresden A. und S. Rat eine Bekanntmachung erlassen, der es u. a. heißt: Nachdem die Kommunisten öffentlich aufgetreten haben, haben sie sich als Feinde der revolutionären Erungenhaften erklärt, weshalb ihre Versammlungen bis auf weiteres verboten werden. Wer trotzdem an kommunistischen Versammlungen teilnimmt, solche veranstaltet, dazu aufgerufen oder Einladungen herstellt, setzt sich schweren Strafen aus.

a. Versammlung der Marineangehörigen von Aue. In selben Zeit, als in der "Reichshalle" die Gründung einer Ortsgruppe in der Kommunistischen Partei vollzogen wurde, hattet sich im "Hotel Edle" etwa 90 Auer eingefunden, die der Marineangehörten oder noch angehören. Die Einberufung der Versammlung war vom Marinerrat in Zwickau ausgegangen, der Vorsitzender Schmalzfuß den Erschienenen einen längeren Vortrag über den Anteil der Marine an der Entstehung der Revolution und über die Bedeutung des Käfersystems. Herr Schmalzfuß erinnerte die Kameraden, namentlich diejenigen, die zu jener Zeit in Aue waren, daran, wie dort am 3. November des letzten Jahres die Matrosen sich geeinigt hatten, um Militarismus zu brechen und das Kapital zu vernichten. dem Kapital die Wissenschaft am Abschluß des Krieges zugestanden sei, so sei auch die Marine in vollster Abhängigkeit vom Kapital gewesen, das Offizierkorps legte sich aus Söhnern von Kapitalisten zusammen und die Marineangehörigen, die Söhnen hätten in schlimmster Weise die Macht des Kapitals zu führen gehabt. Diese Macht habe es gegolten, ein für alle Male durch eine Revolution zu erlösen; wer aber geglaubt und gehofft habe, die von der Revolution eingesetzte Regierung werde diese Ziele unentwegt niedertreten, der habe sich gründlich getäuscht. Die Revolution, man darf ruhig sagen, "unsere" Revolution (das heißt die von der Marine verursachte Revolution) habe den A. und S. Räten unvergängliche politische Gewalt zugesprochen, die Regierung habe es anders gewollt. Selbst Roske, der nur der Marine es zu danken habe, daß er etwas geworden sei, habe den Umschwing der Regierung mitgemacht und führe jetzt in Berlin Arbeiter gegen Arbeiter in den Kampf. Das alles komme daher, weil die Regierung vermutlich vom Kapital gekauft worden sei, sie habe jetzt selbst auf dem Geldsack, und wo Geld ist, da sei auch die Macht. Von neuem müsse diese Macht gebrochen werden, daß die Revolution nicht im Sande verlaufe. "Die Kapitalisten", so rief Redner, "die Schlemmer, haben jetzt ihr Leben genossen, nun wollen wir einmal genießen, die wir vier Jahre lang unser Leben für das Kapital eingesetzt haben!"

Im weiteren Verlaufe seiner Darlegungen entwickelte der Redner einen Teil des Programms der U. S. P., vor allem den Punkt der Vergesellschaftung, worauf er sich dagegen wandte, daß man die Marineangehörigen vielfach als Vaterlandsverräter und Verbrecher ansiehe. Ihr Bestreben sei ganz das Gegenteil, etwas Höchstes: ein freies Vaterland für freie Deutschen. Um das zu erreichen, müssen die Ziele der Revolution weiter verfolgt werden. Das müsse aber durch ein sofortiges energisches Handeln geschehen gemäß der Erkenntnis: Die Revolution gehört auf die Straße. Dass sie in die Schreibstube ge-

Versammlung der Kriegsbeschädigten.

Ihre Lage und ihre Forderungen.

Die Ortsgruppe Aue des Reichsrates der Kriegsbeschädigten hielt gestern nachmittag in der "Gedächtniskirche" eine Versammlung ab, die zahlreich besucht war. Der Vorsitz führte Herr Friedrich (in firma Gebr. Simon). Nach einer Begrüßung der Anwesenden teilte er mit, daß der Referent Bauschreiter Rühle Dresden nicht identisch ist mit dem vielfach genannten unabhängigen Sozialisten Rühle. Herr Rühle ergriff sodann das Wort zu seinem Vortrage:

Die Kriegsbeschädigten im neuen Volksstaate.

In der Einleitung gab Redner ein ergreifendes Bild von den Helden, die der Krieg über Millionen Deutscher gebracht hat, um dann sich dem Kriegsbeschädigten zuzuwenden, der als ein lebendiger Beweis vor der Unkultur des Krieges lästig eine ständige Erziehung im deutschen Erwerbsleben sein werde. Die Zeit der Dreihörner sei für den Kriegsbeschädigten stets immer vorbei, wenngleich man freilich noch nicht wissen könne, ob es nicht willensschwache Individuen geben werde, die dennoch zur Dreihörner und ähnlichen

800, das zu behaupten brüste nur Schiedemann fertig. — Nachdem dann zu demselben Thema noch ein Vertreter des Zwischenauer Arbeiterrates gesprochen hatte (er brachte u. a. dabei ausführlich die Angelegenheit der Landesankalt in Blauecken zur Sprache und rühmte die politisch-feste Haltung Bleibarts von Kriegsbeginn an), forderte Herr Schmalzfuß die Arbeitlosen Kameraden in Aue auf, der vom Marinerrat in Zwischenau gebildeten Sicherheitskompanie hinzutreten gegen eine monatliche Löhnung von 180 Mark, freie Verpflegung, Kleidung und Wohnung. Dann batte er, daß eine Rationierung vorläufig nicht nötig sei, sondern daß die Gewalt in den Händen der Arbeiter, Soldaten und Marineäste bleiben müsse, bis die Errungenheiten der Revolution gesichert seien. Schließlich forderte er die Auer Marineangehörigen auf, ihrerseits einen festen Block zu bilden, um erreichen zu helfen, was am 3. November 1918 in Kiel als Kiel aufgestellt worden ist. Unter allgemeiner Zustimmung der Auer Marineangehörigen wandte sich Herr G. Söllner-Aue gegen die Gründung jedweder politischen Marinevereinigung hier selbst. Wer Politik treiben wolle, finde genügend Anschluß bei den politischen Vereinen aller Richtungen in Aue. Herr Schmalzfuß legte darauf der Versammlung eine gegen die Regierung Ebert-Scheidemann gerichtete Entschließung folgenden Wortlautes vor: Die hier versammelten Marineangehörigen protestieren energisch gegen die Ebert-Scheidemann-Regierung und sprechen den Genossen von der Unabhängigen Partei die größte Sympathie aus. Diese Entschließung wurde einstimmig abgelehnt, hingegen auf Vorschlag aus der Versammlung heraus eine andere einstimmig angenommen, in der protestiert wurde gegenüber den Angriffen auf Marineangehörige und insbesondere gegen das verwerfliche Einsehen von Klummenwettern gegen die revolutionären Kämpfer in Berlin.

Keine Freigabe der Kriegsgefangenen. Die Meldung der Wittenbergischen Pressekonferenz über die von den Alliierten geplante Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen wird von der französischen Presse als nicht aufrichtig bezeichnet. Die Freilassung der Kriegsgefangenen laufe den Waffenstillstandsbedingungen zuwider und sei von den Alliierten nicht erwogen worden.

Die Miliz und Kartoffelversorgung in Sachsen. Im Mittelpunkt der 5. Sitzung des Presseberichtes des Landeskundsrates, die am 8. d. Mo. in Dresden stattfand, stand ein Vortrag des Leiters der Bundeskellerei, der eine eindrückliche Darstellung der Gefahrung und Verteilung von Milch und Fleisch gab. Weder der wissenschaftliche Vortragsvortrag noch der auf den Hofbehörden 20. Kramm betrug jemals jetzt nur etwa 1000000000 Mark. Nur einige wenige Millionen für die bisherige Geträgerzeit. Die Milchversorgung wird allerdings vom März bis Mai schlechter werden. Sachsen ist bei der Milchauflistung fast ganz auf sich selbst angewiesen. Bayern steht in dieser Beziehung besser, beispielsweise erhält München etwa viermal soviel Vollmilch als Dresden. Im übrigen wurde über die Kartoffelerzeugungen mitgesprochen, daß in der letzten Woche aus Schlesien fast nichts angekommen sei. Polen jedoch noch 50000 Zentner geliefert habe. Der Gesamteintrag der letzten Woche beläuft sich auf 102300 Zentner. Dies bedeutet eine erhebliche Verminderung gegenüber den Vorwochen; sie erhöhte sich im wesentlichen aus der Reihe der Beute, die schon in den letzten Jahren eine solche hemmende Wirkung ausgeübt hätten. Keiner wurde bekanntgegeben, daß das Reich bisher für die Sommermonate, die erheblich gemäß Kartoffelalarm seien, infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch leinerlei Rücklagen an Nährmitteln oder Kartoffelmehl habe angesammeln können.

Ein überraschender Preissturz ist im linksrheinischen Gebiet eingetreten, und zwar für Lebensmittel und Kleidungsstücke. Mindestens kostet demnach 1,80 Mark, Bohnenkaffee 3,50 Mark, Butter 3 Mark das Pfund, ein Liter Rheinwein 1,20 Mark, Zigaretten 20 Pf. (Es bleibt abzuwarten, ob aus diesen billigen Preisen nicht etwa nur die feindlichen Besatzungstruppen ihren Vorteil ziehen.) Die Preisregelung in den besetzten Gebieten durch die Kommandeure der feindlichen Besatzungstruppen scheint auch nicht einheitlich zu erfolgen, denn aus Ludwigshafen werden zum Beispiel wesentlich höhere Höchstpreise für Wein gemeldet.)

Theater, Konzerte, Vergnügungen.

1. Kabarett "Trotadero". Seitens nur hat eine der gelegentlich im "Blauen Engel" aufzutretenden auswärtigen Gesellschaften einen so durchschlagenden Erfolg erzielt und sich als so vollwertig erwiesen wie die Künstlertruppe des Kabaretts "Trotadero" aus Dresden, die gestern Abend vor ausverkauftem Hause ein Erfolgspal hat. Die Seelen der aus 7 Personen bestehenden Gesellschaft ist der Komödiant Herr Neumann, der Eleganz mit spitzfindigem Humor vereinigt und der die gewagtesten Aphorismen und Bilder mit gefälliger Sprache dargestellt. Er mußte das Publikum von Anbeginn an in beste Stimmung zu versetzen und hielt bis zum Schluss zu erhalten. Eine impoante Eröffnung, an Wagner's Walhallaengestalten erinnernd, in die schöne blonde bulgarische Sängerin Hypatsova, die über die lebhafte Stimme einer dramatischen Operin verfügt und die durch ihren temperamentvollen Vortrag die Zuhörer in ihren Bann zieht. Eine raffige Sonderheit ist Hel. Maus-Valentin, anfänglich eine Ungarerin, die Wiener Walzer ganz mit jenem Rhythmus und jener Weichheit vorträgt, die der Wiener Mußt nun einmal eigen sind. Schließlich wird der lächelnde Komödiant Herr Lange, der über eine ungemein drastische vis comica verfügt, von der er aber zuweilen einen etwas weitaus-

gebenden Gebrauch macht. Ein Klavierimmitiator, der dann auftrat, zeigte sich als ein Virtuose seines Faches. In einem Einakter "Die Friedermaus" erwies sich die Partnerin des auf Abwegen gehenden Rechtsanwalts (Herr Neumann) als eine gewandte und liebenswürdige Darstellerin. Eine treffliche Söhne findet die Truppe in dem Kapellmeister Herrn Marx, der sich als vorzüglicher Begleiter darstellt. So verbrachten die Zuhörer einen sehr vergnüglichen Abend und die Truppe des "Trotadore" darf sicher sein, bei ihrer Wiederkehr abermals ein volles Haus vorzufinden.

Stadtverordnetenwahlen in der Umgebung.

Die Wahlen in Bielefeld.

Um gestrigen Sonntag fanden in einigen Orten der Umgebung Gemeindewahlen statt.

Bei den Wahlen in Bielefeld wurden von 2245 Wahlberechtigten abgegeben 1845 Stimmen, es wählten also etwa 72 %. Auf Liste A (Bürgerlich) entfielen 842 Stimmen, auf Liste B (Mehrheitssozialisten) 809, auf Liste C (Bürgerliche) — diese hatten sich in leichter Stunde getrennt 494 Stimmen. Gewählt wurden:

Liste A: Fabrikant Ernst Mier, Schlosser Bruno Strobel;

Liste B: Klempner Anton Becker, Klempner Emil Köhler, Schleifer Georg Thüller, Metalldrucker Rich. Schäbler,

Klempner Willi Schnetter, Kaufm. Emil Höhnel, Liste C: Kom.-Rat Franz Buchdr.-Bes. Rud. Müller, Spediteur Al. Groß, Profurist Ernst Stichler.

Die Wahlen in Bautzen.

In Bautzen wurden für die Unabhängigen abgegeben 1089 Stimmen. Sie erhielten 8 Abgeordnete, für die Mehrheitssozialisten 747 Stimmen, sie erhielten 6 Abgeordnete, für die Bürgerlichen 830 Stimmen, sie erhielten 6 Abgeordnete. Etwa 75 % der Wählerschaft hatten gewählt. Es wurden gewählt: Unabhängige: Ernst Süß, Walter, Waldemar Döser, Eisendreher, Erwin Neißer, Klempner, Albin Baumer, Klempner, Albin Bley, Klempner, Friedrich Bräh, Bahnaßistent, Oskar Stark, Fabrikarbeiter, Richard Espig, Klempner; Mehrheitssozialisten: Emil Voigtsch, Kontorist, Moritz Dehner, Altmärkischer, Albin Flemming, Klempner, Max Schlie, Lüscher, Guido Richter, Eisenhobler, Bruno Neubert, Richter; Bürgerlich: Albin Barth, Frankensteinfischer, Emil Schindmann, Postagent, Gustav Barth, Landwirt, Paul Götz, Fabrikarbeiter, Emil Beckstein, Rechtsanwalt, August König, Bauunternehmer.

Die Wahlen in Böhmen.

Bei den gestrigen Wahlen in Böhmen wurden von 4142 Wahlberechtigten 3268 Stimmen abgegeben, es wählten also etwa 76 %. Es entfielen auf Wahlvorschlag Kühnert (Mehrheitssozialisten) 2248 Stimmen, auf die verbündeten bürgerlichen Wahlvorschlägen (Beamtenliste) Müller-Pöhler 1016 Stimmen. Gewählt wurden auf Wahlvorschlag Kühnert: Kühnert Paul, Lagerhalter, Neuther Emil, Kons. Kass., Leyler Gustav, Lagerhalter Wohlgemuth Emil, Schuhmacher, Cappeler, Friedrich, Restaurateur, Käffelin Otto, Kontrolleur, Herrwald Paul, Schlosser, Sonnenburg Otto, Dreher, Rauch Mag. Malermstr., Sonnenburg Emil, Dreher, Adler Gustav, Sattler, Scheller Paul, Handelsmann, Rothe Otto, Mechaniker.

Wahlvorschlag Müller: Müller, Emil Edgar, Fabrik-Besitzer, Beyer, Emil Dow, Fabrik-Besitzer, Hungerl, Herm. Reinhardt, Lehrer.

Wahlvorschlag Pöhler: Pöhler, Ernst, Maurermeister, Ebert, Bruno, Fabrikant.

g Chemnitz, 12. Januar. Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen wurden für Liste I Mehrheitssozialisten 75415 Stimmen (34 Abgeordnete) Liste II Konservative 26507 Stimmen (12 Abgeordnete) Liste III Demokraten 18438 Stimmen (8 Abgeordnete) Liste IV Unabhängige 7294 Stimmen (3 Abgeordnete) Liste V Privatbeamte 7288 Stimmen (3 Abgeordnete) abgegeben. Etwa 77 % der Wählerschaft haben gewählt.

g Zwischen, 12. Januar. Im Kampf mit den Spartakusleuten ist heute Sonntag das von Matrosen besetzte sozialistische "Sächsische Volksblatt" in der Borsigstraße wieder zurückerober worden. Vormittags fanden Kundgebungen der Mehrheitssozialisten statt, worauf ein gewaltiger Zug sich nach dem "Sächs. Volksblatt" bewegte, um dieses zu befreien. Es kam zu einer Schleiferei, wobei ein Toter und mehrere Verwundete zu beklagen waren. Schließlich mußten die das Blatt besetzten Matrosen abziehen. Mehrere Führer der Unabhängigen und Matrosen wurden verhaftet. Nachmittags um 4 Uhr war wieder Ruhe eingetreten.

Meerane, 10. Januar. Seit einigen Tagen sind hier zahlreiche Spartakisten aus Chemnitz, Böhlen und Grimma und Grimma eingeschlossen, doch findet ihre aufreizende Werbätigkeit unter der hiesigen Arbeiterschaft wenig Anklang. Sie veranstalteten eine Demonstrationssitzung auf dem Schützenplatz, die ihnen jedoch gleichfalls fehlten Erfolg brachte. Zwischen den Sparta-

ten und den zahlreich erschienenen Gegnern kam es zu Handgreiflichkeiten. Von Seiten des S.-Rates sind alle Maßnahmen getroffen, um jede Störung der öffentlichen Ordnung zu verhindern.

Zwickau, 8. Januar. Im heutigen Gefangen-Lager beträgt die Zahl der dort untergebrachten Franzosen jetzt nur noch etwa 1500, nachdem am Sonntag wieder ein größeres Transport in die Heimat abgegangen ist. Auch Italiener wurden wieder heimgeführt. Diese sollen vor ihrer Abreise in den Baracken noch wie die Vandale gehaust haben.

Waldheim, 9. Januar. Hier fand eine Versammlung von Stadt- und Landbewohnern statt, deren Zweck es war, eine Vereinigung zu schaffen, in der Landwirte und Bürger Gelegenheit zur Bildung freundlichkeits- und wirtschaftlicher Beziehungen finden. Mit dem alten Gegensatz zwischen Stadt und Land soll endlich einmal aufgeräumt werden. Alle Anwesenden erklärten sich mit der Gründung dieser neuen Vereinigung, die den Namen Waldheimer Wölfe führen soll, einverstanden. An den wöchentlich einmal stattfindenden Zusammenkünften sollen auch Frauen teilnehmen können.

Zittau, 8. Januar. Eine hohe Verlusttabelle an Toten hat das zurückkehrende Inf.-Reg. Nr. 102 aufzuweisen. Es sind gefallen im Weltkriege vom Regiment 59 Offiziere und 2200 Unteroffiziere und Mannschaften. Das Regiment war während des ganzen Krieges nur im Westen in Stellung.

Letzte Drahtnachrichten.

Die Vorgänge in Berlin.

Berlin, 12. Januar. Das leite Volkwerk der Spartakisten, der Schlesische Bahnhof, ist von den Regierungstruppen gestern genommen worden. Im Laufe des gestrigen Abends kam es an einigen Stellen im Stadtinneren, so am Gendarmenmarkt, zu Schießereien zwischen Regierungstruppen und Spartakusleuten. In den späteren Abendstunden wurden auch im Zeitungsviertel vereinzelte Schüsse laut. Erstes Ereignisse sind nicht einzutreten. Die Delmier-Motorenwerk in Marienfelde wurden von den Regierungstruppen besetzt.

Die Nationalwahlen in Württemberg.

Stuttgart, 12. Januar. Bei den heutigen Wahlen zur gesetzgebenden württembergischen Landesversammlung wurden von 1446 580 Wahlberechtigten 1326 008 Stimmen abgegeben. Es entfielen u. a. die Unabhängigen 49 822, Sozialdemokraten 272 192, Bauernbund 75 758, Kleiner Landwirt 35 255, Deutsche demokratische Partei 228 555, Sozialdemokraten 452 450, Bürgerpartei 97 728 Stimmen. Gewählt wurden 4 Unabhängige, 81 Zentrum, 10 Bauernbund, 28 Deutsche Demokraten, 52 Sozialisten, 11 Bürgerpartei.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes.

Berlin, 12. Januar. Marschall Foch hat mittleren lassen, daß die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes (der am 17. Januar abläuft) am 15. Januar vormittags am Bahnhof in Trier beginnen sollen.

Amtliche Bekanntmachung.

Gemäß § 8 Absatz 1 der Bekanntmachung des Bezirkolverbandes, Lebensmittelkarten und Gastmarken betr., vom 1. Juni 1917 in der Fassung vom 24. September und 13. Dezember 1917 wird folgendes bekanntgegeben:

Auf die für die Woche vom 20. bis 26. Januar günstigen Marken der Bezirklebensmittelkarten werden im Laufe der Woche durch die Händler Lebensmittel der nachgenannten Art und Menge ausgegeben:

- Mark V 1 für Kinder im 1. und 2. Lebensjahr (violetter Druck): 125 g Fleisch und 125 g Reis,
- Mark V 1 für Kinder im 3. und 4. Lebensjahr (roter Druck): 125 g Fleisch und 125 g Reis,
- Mark V 1 (schwarzer Druck): 100 g Gruppen,
- Mark V 2 Dörgemilch nach Belieben,
- Mark V 3 200 g Kunsthonig,
- Mark V 4 60 g Butter,
- Mark V 5 125 g Fisch in frischem, marinierter oder gesäuertem Zustande oder 1 Ei, soweit vorhanden,
- Mark V 6 125 g Quark, soweit vorhanden.

Sollte infolge von Transportschwierigkeiten in einzelnen Gemeinden die Abgabe der vorstehend genannten Lebensmittel nicht oder nicht in vollem Umfang möglich sein, so wird später ein Ausgleich erfolgen.

Ein Raum zur Abnahme des Übergemisches darf durch die Kleinbäckerei nicht ausgelöscht werden.

Schwarzenberg, den 11. Januar 1918.

Der Bezirkerverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Dr. Wimmer.

Der U. und S.-Rate der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

J. V. Magier.

Vorstand für den gesamten Inhalt: Paul Schmid, Druck und Verlag: Paul Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. g.

Gebrauchte Möbel, Wohnungs- und Geschäftseinrichtungen, Nachlässe und Waren aller Art. Kauf zu hohen Preisen. Auer Ein- u. Verkaufsgeschäft. Wettinerstraße 21.

Werb. Blümlhof preiswert zu verkaufen. Gardehaus Nr. 5.

Umfärben von hellgrauen Uniformen in edelschwarz, marineblau, braun, sowie anderer Stoffe in allen Farben übernehmen. Bei schneller und preiswerter Bedienung.

Färber Hugo Henner Zietenstr. 6. I. Ga.

Freibauf Fleischverkauf Schlachthof. Morgen Dienstag vorm. 0—1/2 Uhr. Bereitschaft, sind Dienstkontrollenmenge 1—600. Fleischmarken sind mitzubringen. Das Pf. kostet 1.00 Mr.

Schmidt, Papst-Str. 31 Kauf gebr. Möbel alter Art zu guten Preisen.

Piano oder Flügel wird zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisang. unt. U. T. 305 an d. Geschäft d. V.

Gebr. Möbel Kauf eines Blumhofs gebr. Küchenmöbel, Schrank, Wanduhren zu verkaufen.

beere Rot- und Weißweinflaschen zu verkaufen. Ju erf. im Auer Tagblatt.

6 geb. erbaut, folgt. Reute geb. Stand. b. Bürg. p. 100 bis 3000 Mark. Käufe soll. — Gibts. Gießenberg, Senftenstr. 33.

Hildekrat Ich bin Abgeber von Hildekrat. Papst-Str. 31, II. v.

kleine Stube und Hammer sofort zu vermieten. Schloßstraße 1.

2 möbl. Zimmer mit 1 und 2 Betten an ruhigen besserer Herren zum 15. Jan. zu vermieten.

Erf. Papst-Str. 2, II. v.

möbl. Zimmer in Auer Tagblatt.

Möbl. Zimmer mit Nachgelegenheit zu mieten. Angabe unter T. 250 an das Auer Tagblatt.

Böderet von tüchtigem Kochmann zu kaufen oder packen gelöst. Angabe an W. Müller, Glauchau, Ga. Grüner Winkel 6.

Wer Berlpreisen (Sympathie)? Angebote unter T. 250 an das Auer Tagblatt.

Gefir. Klingelanlage gebr. u. f. Geschäft m. J.

